

Ansprache von Mariano Rumor auf dem Haager Gipfel (1. Dezember 1969)

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Februar 1970, n° 2. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL: http://www.cvce.eu/obj/ansprache_von_mariano_rumor_auf_dem_haager_gipfel_1_dezember_1969-de-07118e35-95de-436f-b8cc-0f64001f29da.html

Publication date: 20/10/2012

Ansprache von Mariano Rumor (Den Haag, 1. Dezember 1969)

Diese Konferenz der europäischen Staats- und Regierungschefs, die Sie auf Grund einer glücklichen Initiative des Präsidenten der Französischen Republik im Einvernehmen mit den anderen Mitgliedsregierungen der Gemeinschaft einberufen haben, stellt uns vor die Aufgabe, die Erwartungen und großen Anliegen unserer Völker nicht zu enttäuschen. Man erwartet von uns Mut und Weitblick, jene Tugenden, die für die großen geschichtlichen Wendepunkte kennzeichnend sind. Es ist dringend notwendig, einer Zeit der Ungewißheit und des Aufderstelletretens ein Ende zu setzen und es dahin zu bringen, daß die Völker des demokratischen Europas spüren, wieder Herr ihres eigenen Schicksals zu sein. Die Vielfalt der vor uns liegenden Probleme und die Entwicklung der Weltpolitik gebieten, daß unser Gedankenaustausch in genauem Bewußtsein der Lage und ihrer Erfordernisse erfolgt und vom größten Freimut und vom Geiste des Ausgleichs getragen ist.

Wir müssen also Geist und Sprache derer wiederfinden, die uns auf dem Wege zur Schaffung Europas vorangegangen sind. Sie ließen unseren Erdteil aus den Trümmern des Krieges neu erstehen, weil es ihnen eben durch Überwindung jahrhundertalter Fehden gelang, ein tragisches Kapitel unserer Geschichte zu schließen und ein neues aufzuschlagen, das auf gegenseitigem Verständnis und Zusammengehörigkeit gegründet ist.

Dieses Gipfeltreffen ist das vierte seit Bestehen der Gemeinschaft. Es muß — und ich glaube, dies ist unser aller Wunsch — Ausdruck eines echten politischen Willens sein, im Bewußtsein der heutigen Strömungen nach angemesseneren und sichtbarer Formen der Integration, nach Leitlinien zu streben, die uns der Erweiterung der Gemeinschaft näherbringen.

Die aufgenommenen Gespräche, die mit Bereinigung der Kommission geführt werden, müssen uns den Weg für die Losung besonders dringlicher Probleme aufzeigen, von denen Bestehen, Entwicklung und Zukunft unserer Gemeinschaft abhängen.

Der Erfolg des Gemeinschaftssystems, der sogar von seinen Gegnern mehr, geleugnet werden kann, ist nicht nur Voraussetzung dafür, daß ein Europa entsteht, das auf Grund seiner wirtschaftlichen und sozialen Größenordnung der Herausforderung unserer Zeit standhält, sondern es ist auch Voraussetzung für die Schaffung eines Europa, das als Realität in der Tage ist, in der dialektischen Auseinandersetzung zwischen den Supermächten entsprechend der weltgeschichtlichen Entwicklung seine eigene Stimme zu erheben.

In unseren diese Gipfelkonferenz vorbereitenden zwei- und mehrseitigen Gesprächen sind wir übereingekommen, die Losung der Probleme der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Europas entsprechend dem Vorschlag unserer französischen Freunde, die zu diesem Treffen angeregt haben, in dem Dreierschritt: Vollendung, Stärkung und Erweiterung der Gemeinschaft anzugehen.

Wir sehen in diesem logischen Schema ein geeignetes Werkzeug zur Unterteilung eines Fragenkreises, dessen Lösung die Neubelebung und Verwirklichung des Europagedankens gewährleisten soll; halten wir auch fest, daß diese drei Schritte auch unter Berücksichtigung der vertraglichen Fristen nicht getrennt, sondern in ihrer wesentlichen politischen Einheit zu sehen sind.

Wir sind nämlich überzeugt, daß die Lösungen, die wir für die Fragen der „Vollendung“ finden, realistisch nicht von den Lösungen getrennt werden können, die wir für die Probleme der „Stärkung“ und der „Erweiterung“ erarbeiten. Wir müssen um eine konstruktive Ausgewogenheit bemüht sein. Dies mag wohl eine schwierige, aber auch eine überzeugende Aufgabe sein.

Am 1. Januar kommenden Jahres beginnt für die Gemeinschaften das, was die Verträge die „Endphase“ nennen, und wir sind bereit, unsere Verpflichtungen einzuhalten. Indessen würde es genügen, nur die wichtigsten Fragen der „Stärkung“ aufzuzählen, um unverzüglich die tiefgreifenden Veränderungen zu erkennen, die in den nächsten Jahren die Gemeinschaft in einer Welt und einem Weltteil prägen werden, die immer mehr den Druck zu einer echten Wirtschaftsintegration verspüren. Wir leben in einer Epoche großer Veränderungen in den internationalen Beziehungen, der industriellen, technischen und wissenschaftlichen

Großräume, der gesellschaftlichen Strukturen, des Verlangens der Völker nach Wohlstand, Frieden, Sicherheit und Freiheit.

Deshalb müssen wir — wie das von italienischer Seite sicherlich angestrebt wird — innerhalb der von Verträgen und Gemeinschaftsnormen gesetzten Fristen die nötigen Aufgaben für den inneren Aufbau unserer Gemeinschaft durch entsprechende Verhandlungen erfüllen, in denen den besonderen Problemen der Parteien Rechnung getragen wird, auch mit dem Ziel, die so geschaffene Ordnung sachlich und mithin so fest wie möglich zu gestalten. Wir müssen die Leitlinien für die weitere Integrierung festlegen, für die wir unsere Länder und auch jene europäischen Staaten verpflichten wollen, welche Mitglied unserer Gemeinschaft werden wollen; wir müssen mit Verfahren und Zeitplänen die Ungewissen Vorarbeiten überwinden und die Themen der Erweiterung der Gemeinschaft wirklich anpacken. Dies ist eine Verpflichtung, die mit Recht auch in den Verträgen vorgeschrieben ist.

Der Einsatz ist groß. Unseres Erachtens dürfen wir uns heute nicht darauf beschränken, eine Ermüdung des Gemeinschaftslebens zu verhindern.

Es bedarf mehr, nämlich einer umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Integration. Deshalb sind wir bereit, unseren Beitrag zu leisten, nämlich die Zustimmung zur Finanzregelung für die gemeinsame Agrarpolitik in der Endphase, die auf einer gerechten Verteilung der Lasten auf die Volkswirtschaften der Mitgliedsländer fußt, ebenso zur Regelung einzelner Agrarmärkte, wie für Wein und Tabak, für die noch keine Marktordnungen bestehen, und zur Reform des Sozialfonds. Das Mehrjahresprogramm für Euratom muß die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit im Kernbereich und die Rettung der Gemeinsamen Forschungsstelle gewährleisten.

Eine Forderung dürfte jedoch von grundlegender Bedeutung und unaufschiebbar sein: wir müssen sichtbar unseren Willen bekunden, alsbald und wohlgeplant die nötigen Schritte für die Erweiterung der Gemeinschaft um die Länder zu tun, die ihre Mitgliedschaft beantragt haben. Selbstverständlich müssen zwischen den Sechs die Verfahren, Bedingungen und Maßstäbe abgestimmt werden, wobei man sich vom Geist und Buchstaben des Vertrages leiten ließe. Wesentlich ist aber, die zeitliche und verfahrensmäßige Ungewißheit von dieser Forderung zu nehmen die mit nachhaltigem Druck auch weitgehend von unserer Öffentlichkeit unterstützt wird. Es geht im Grunde um eine räumliche Erweiterung unserer Gemeinschaft und um ihre Aufwertung im geschichtlichen und kulturellen nicht weniger als im politischen und wirtschaftlichen Bereich.

Unseres Erachtens wäre Ende März ein angemessener Termin, bis zu dem die Sechs die nötigen Vorbereitungen für eine unverzügliche Aufnahme ernsthafter und fruchtbarer Verhandlungen treffen könnten.

Dies ist jedoch ein politisches Ziel, das erst einmal verwirklicht werden muß. Die Verzögerung, die der Gang der Ereignisse bei der politischen Integration bewirkt hat, und das Scheitern der unterdessen unternommenen Versuche, die Integration wieder in Gang zu setzen, sind die Ursache für den Schwächezustand und — geben wir es ruhig zu — für die Unterlegenheit, in der sich Europa befindet.

Im Weltgespräch gibt es Europa als solches nicht.

Neben die wirtschaftliche und soziale Festigung Westeuropas, die unter anderem dank der Sicherung durch das Atlantische Bündnis gewonnen werden konnte, sind bisher noch nicht jene Fortschritte auf politischem Gebiet getreten, ohne die sich das Einigungswerk der Gemeinschaft in Wirtschaftsbeziehungen mit der übrigen Welt zu erschöpfen droht.

Es liegt auf der Hand, daß ein politisch geeintes Europa nicht weniger Vorteile aufzuweisen hätte, als die Gemeinschaft heute auf wirtschaftlicher Ebene vorzeigen kann. Um dies zu erreichen, müssen indessen die Forderungen derer, die zunächst die Verwirklichung einiger innergemeinschaftlicher Ziele wünschen, mit den Forderungen derer in Einklang gebracht werden, die einen Ausbau der Organe anstreben, um eine gemeinsame Politik und eine demokratische Kontrolle zu erreichen. Wir dürfen eben nicht darüber

hinwegsehen, daß in allen unseren Ländern immer mehr namhafte Stimmen fordern, die Gemeinschaft mit allen ihren Mitteln, über die sie verfügt und vielleicht verfügen wird, der Kontrolle eines von den Völkern gewählten Parlaments zu unterstellen.

Die Gemeinschaft nicht mit politischen Organen ausstatten hieße den Forderungen unserer Völker und derer nicht nachkommen, die außerhalb unserer Grenzen auf Europa sehen.

Vergessen wir nicht, daß unser Werk allen denen als Vorbild diene, die in anderen Erdteilen in der Einigung eine Lösung für ihre Probleme und eine demokratische Antwort auf den Wunsch sehen, dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt rasch entgegenzueilen.

Wie gesagt, findet das Gespräch zwischen den Großmächten seit geraumer Zeit ohne Europa statt. Wir stehen nunmehr vor Entwicklungen, die für die Zukunft unseres Erdteils entscheidend sein können.

Es besteht kein Zweifel, daß von den zahllosen weltweiten Problemen Fragen wie Ost-West-Beziehungen, Abrüstung, das Streben nach echter Entspannung ein solches Gewicht haben, daß sie für die europäische Politik in den kommenden Jahren bestimmend sein werden.

Unsere Länder stehen heute vor der Tatsache, daß das Gespräch zwischen den beiden Weltmächten beginnt, das zwar durch die Ereignisse in der Tschechoslowakei erheblich erschwert wird. Gleichwohl ist die Entspannung ein unverrückbares Ziel. Zum Wohle gerade des tschechoslowakischen Volkes muß das Gespräch wieder angeknüpft werden und wurde es bereits. Die Gespräche zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, die dieser Tage in Helsinki einen versprechenden Auftakt nahmen, veranlassen uns heute, unsere besten Wünsche für ihr Gelingen auszusprechen.

Wenn dies auch unser Wunsch ist und wir gleichzeitig anerkennen, daß Amerika es nicht versäumt, seine Verbündeten anzuhören, so liegt doch auf der Hand, daß Westeuropa ganz anders dastünde, könnte es mit eigener Stimme reden, eine zu seiner politischen Einheit führende Entwicklung vorweisen und mit der Aussicht auf eine zielbewußt verfolgte Erweiterung auftreten.

Dies gilt umso mehr, wenn man an jene Ost-West-Konferenz denkt, der wir auch innerhalb des Bündnisses unser Augenmerk schenken. Für eine echte Entspannung und einen dauerhaften Frieden ist es also erforderlich, daß ein geeintes Westeuropa seinen Standpunkt zu einem Problem geltend machen kann, das für Europa wesentlich ist.

Die heutige Lage im Mittelmeer müßte in diesem Zusammenhang Anlaß zu ernsthaftem Nachdenken sein und uns zu einem einheitlichen, wirklich ausgleichenden Handeln Westeuropas anspornen.

Wir können indessen nicht hoffen, daß sich diese Einigung verwirklicht, ohne daß sie vorbereitet würde, ohne daß Schwierigkeiten überwunden und die nötigen Voraussetzungen durch realistische, allseits annehmbare Lösungen geschaffen würden. Es geht also um ein stufenanzustrebendes Ziel, das aber, so hoffen wir, fortschreitend und beständig verfolgt wird.

Diese Gedanken sind die Grundlage für unsere ehrliche und treue Mitarbeit auf diesem Treffen.

Wir glauben, daß dieses Gipfeltreffen Ausgangspunkt dafür sein kann und muß, die Lösung der Grundfragen der Gemeinschaft mit Eifer in Angriff zu nehmen. Wir glauben, daß die Gemeinschaft eine Neubelebung benötigt, durch welche Vertrauen geschaffen und in der Entwicklung zur europäischen Einigung eine Wende vollzogen werden kann. Sichern wir das Leben in unserer Gemeinschaft und festigen wir unsere Einrichtungen! Erweitern wir die geographischen Grenzen! Geben wir gleichzeitig dem Einigungsprozeß neuen Auftrieb durch eine planvolle Aktion, mit der alle jene Aspekte angegangen werden, die in den Römischen Verträgen nicht behandelt, aber dennoch bedeutsam sind, um alle Energien unserer Länder einzusetzen und der berechtigten Ungeduld und den Erwartungen der Jugend entgegenzukommen, die heute europäisch denkt und handelt!